

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias Weisheit, Annette Faße, Iris Follak, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/2766 –

Wettbewerbsposition für die deutsche Landwirtschaft verbessern und nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume sichern

- b) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/2690 –

Heizöl als Kraftstoff für die deutsche Land- und Forstwirtschaft

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Marita Sehn, Hans-Michael Goldmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/2384 –

Agrodiesel tanken – Gasölbetriebsbeihilfe abschaffen

- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Kersten Naumann und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/2795 –

Betriebliche Obergrenze von 3 000 DM Gasölbeihilfe zurücknehmen

A. Problem

Die vier Anträge zielen auf eine Verbesserung der Wettbewerbsposition der deutschen Landwirtschaft im Vergleich zu den Mitbewerbern aus anderen EU-Mitgliedstaaten. Schwerpunkt der Anträge ist eine Mineralölsteuerentlastung zur Verbilligung des in der Landwirtschaft eingesetzten Kraftstoffs.

B. Lösung

Zu a) Annahme des Antrags der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 14/2766)

Die Annahme des Antrags erfolgte mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS.

Zu b) Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU (Drucksache 14/2690)

Die Ablehnung des Antrags erfolgte mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS.

Zu c) Ablehnung des Antrags der Fraktion der F.D.P. (Drucksache 14/2384)

Die Ablehnung des Antrags erfolgte mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU.

Zu d) Ablehnung des Antrags der Fraktion der PDS (Drucksache 14/2795)

Die Ablehnung des Antrags erfolgte mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung eines Mitglieds der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag „Wettbewerbsposition für die deutsche Landwirtschaft verbessern und nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume sichern“ – Drucksache 14/2766 – anzunehmen,
- b) den Antrag „Heizöl als Kraftstoff für die deutsche Land- und Forstwirtschaft“ – Drucksache 14/2690 – abzulehnen,
- c) den Antrag „Agrodiesel tanken – Gasölbetriebsbeihilfe abschaffen“ – Drucksache 14/2384 – abzulehnen,
- d) den Antrag „Betriebliche Obergrenze von 3 000 DM Gasölbeihilfe zurücknehmen“ – Drucksache 14/2795 – abzulehnen.

Berlin, den 7. Juni 2000

Der Finanzausschuss

Christine Scheel
Vorsitzende

Detlev von Larcher
Berichterstatter

Norbert Schindler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Detlev von Larcher und Norbert Schindler

1. Verfahrensablauf

Der von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachte Antrag „Wettbewerbsposition für die deutsche Landwirtschaft verbessern und nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume sichern“ (Drucksache 14/2766) ist dem Finanzausschuss in der 90. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Februar 2000 zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen worden. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage am 7. Juni 2000 behandelt. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat sich am 12. April 2000 mit dem Antrag befasst. Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner Sitzung am 7. Juni 2000 zu der Vorlage Stellung genommen. Der Finanzausschuss hat den Antrag am 7. Juni 2000 beraten.

Der von der Fraktion der CDU/CSU vorgelegte Antrag „Heizöl als Kraftöl für die deutsche Land- und Forstwirtschaft“ (Drucksache 14/2690) ist dem Finanzausschuss in der 90. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Februar 2000 zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen worden. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage am 7. Juni 2000 beraten. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat am 12. April 2000 über den Antrag entschieden. Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag am 5. April 2000 beraten. Der Finanzausschuss hat sich am 7. Juni 2000 mit der Vorlage befasst.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. „Agrodiesel tanken – Gasölbetriebsbeihilfe abschaffen“ (Drucksache 14/2384) ist dem Finanzausschuss in der 90. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Februar 2000 zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen worden. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage am 7. Juni 2000 beraten. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat sich am 12. April 2000 mit dem Antrag befasst. Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat am 5. April 2000 über den Antrag beraten. Dem Finanzausschuss lag der Antrag am 7. Juni 2000 zur Beratung vor.

Den von der Fraktion der PDS eingebrachten Antrag „Betriebliche Obergrenze von 3 000 DM Gasölbeihilfe zurücknehmen“ (Drucksache 14/2795) hat der Deutsche Bundestag in seiner 90. Sitzung am 24. Februar 2000 dem Finanzausschuss zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss

für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage am 7. Juni 2000 beraten. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat am 12. April 2000 zu dem Antrag Stellung genommen. Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag am 5. April 2000 behandelt. Der Finanzausschuss hat sich am 7. Juni 2000 mit der Vorlage befasst.

2. Inhalt der Vorlagen

a) Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Wettbewerbsposition für die deutsche Landwirtschaft verbessern und nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume sichern“ (Drucksache 14/2766)

Der Antrag in Drucksache 14/2766 knüpft an die unter deutscher Präsidentschaft verabschiedete Agenda 2000 und den darin für den Agrarbereich bis 2006 festgelegten Finanz- und Handlungsrahmen an. Dieser sieht eine stärkere Markt- und Wettbewerbsorientierung in der EU-Agrarpolitik und neue Schwerpunktsetzungen in den Bereichen ländliche Entwicklung und Umwelt vor.

Die Voraussetzungen zur Umsetzung dieser Vorhaben sind nach dem Antrag auf europäischer Ebene durch agrar-, struktur- und umweltpolitische Maßnahmen zu schaffen. Aufgabe der nationalen Agrarpolitik sei die Unterstützung des Anpassungsprozesses der deutschen Landwirtschaft an die neuen Rahmenbedingungen, u. a. durch Entlastungsmaßnahmen. Allerdings hätten die bisher von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen wegen der besonderen Bedingungen im landwirtschaftlichen Sektor im Vergleich zu anderen Wirtschaftssektoren – andere Betriebsstrukturen und Unternehmensformen, hohe Anzahl von Familienarbeitskräften, starke regionale Unterschiede im Bereich der Sozialversicherung – nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Deshalb müssten die Wettbewerbsposition der deutschen Landwirte weiter gestärkt und die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume gesichert werden.

Erhebliche Wettbewerbsverzerrungen entstünden zum einen durch unterschiedliche Steuersätze für Gasöl in den EU-Mitgliedsländern. Zum anderen müsse die deutsche Landwirtschaft bei der Bewirtschaftung des Grund und Bodens in immer stärkerem Ausmaß Naturschutzbelange berücksichtigen.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich auf europäischer Ebene für eine Harmonisierung der Besteuerung von Dieselmotorkraftstoffen für die Land- und Forstwirtschaft, den Gartenbau und die Fischzucht einzusetzen. Bis zur Schaffung entsprechender europäischer Regelungen soll ein Steuersatz von 57 Pfennig für in der Land- und Forstwirtschaft verwendeten Agrardiesel zum 1. Januar 2001 eingeführt werden. In einem dritten Punkt wird gefordert, die in der mittelfristi-

gen Finanzplanung vorgesehenen Mittel für die Gasölverbilligung in Höhe von 375 Mio. DM zum 1. Januar 2002 für die agrarsoziale Sicherung im Rahmen der Reform des Agrarsozialsystems und für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes einzusetzen. Die Förderung und Markteinführung von biogenen Treib- und Schmierstoffen sollen durch Verstetigung und weiteren Ausbau der geplanten Mittel von 20 Mio. DM unterstützt werden.

Des Weiteren wird ein Bericht darüber angefordert, wie sich die Neugestaltung der Gasölbesteuerung im Hinblick auf die Anteile der einzelnen Energieträger am gesamten Verbrauch auswirkt. Darauf aufbauend könnten gegebenenfalls Vorschläge für eine zusätzliche Ausweitung des Anteils biogener Treibstoffe gemacht werden. Die Vorschläge sollen im Rahmen des Bundeshaushalts 2001 bei Einhaltung der mittelfristigen Finanzplanung umgesetzt werden.

b) **Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Heizöl als Kraftstoff für die deutsche Land- und Forstwirtschaft“ (Drucksache 14/2690)**

Der Antrag fordert die Vorlage eines Gesetzentwurfs, in dem zum einen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass in der deutschen Land- und Forstwirtschaft Heizöl als Kraftstoff eingesetzt werden kann. Zum anderen soll bis zum Inkrafttreten dieser Regelung der bis zum 31. Dezember 1999 geltende Rechtszustand im Landwirtschafts-Gasölverwendungs-Gesetz mit Wirkung vom 1. Januar 2000 wieder hergestellt werden.

Begründet wird der Antrag mit einer verminderten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Land- und Forstwirtschaft im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedstaaten durch den teilweisen Wegfall der Gasölbeihilfe und die Einführung der Ökosteuer. Nach einer Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung profitierten die bäuerlichen Familienbetriebe kaum von der mit der Ökosteuer verbundenen Senkung der Lohnnebenkosten, müssten aber erheblich höhere Energiesteuern entrichten. Bei der Zulassung von Heizöl als Kraftstoff in der Landwirtschaft entstehe eine erhebliche Kostenentlastung, denn in diesem Fall sei nur ein Steueranteil von 12 Pfennig pro Liter zu tragen.

c) **Antrag der Fraktion der F.D.P. „Agrodiesel tanken – Gasölbetriebsbeihilfe abschaffen“ (Drucksache 14/2384)**

In diesem Antrag wird gefordert, das Landwirtschafts-Gasölverwendungs-Gesetz ersatzlos zu streichen. Die Bundesregierung solle die Voraussetzung dafür schaffen, dass auch die deutschen Landwirte eingefärbtes Heizöl (Agrodiesel) tanken dürfen.

Begründet wird der Antrag mit einer durch die Kürzung der Gasölbetriebsbeihilfe eingetretenen nochmaligen Verschlechterung der ohnehin schon schwierigen Wettbewerbsbedingungen für Landwirte im Vergleich zu ihren europäischen Konkurrenten. Auch die Verringerung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes führe zu weniger Investitionen und behindere den Aus-

bau einer unternehmerischen Landwirtschaft. Zudem trage der Wegfall des nach Auffassung der Antragsteller überflüssigen Landwirtschafts-Gasölverwendungs-Gesetzes zum Abbau der Bürokratie bei.

d) **Antrag der Fraktion der PDS „Betriebliche Obergrenze von 3000 DM Gasölbeihilfe zurücknehmen“ (Drucksache 14/2795)**

Nach diesem Antrag soll die Bundesregierung die derzeit gültige Plafondierung der Gasölbeihilfe auf eine betriebliche Obergrenze in Höhe von 3 000 DM zurücknehmen. In der Begründung der Vorlage wird auf verschlechterte Wettbewerbsbedingungen vor allem der ostdeutschen Agrarunternehmen durch Einnahmeverluste hingewiesen.

3. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

a) **Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Wettbewerbsposition für die deutsche Landwirtschaft verbessern und nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume sichern“ (Drucksache 14/2766)**

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfiehlt die Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** empfiehlt die Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** empfiehlt die Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

b) **Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Heizöl als Kraftstoff für die deutsche Land- und Forstwirtschaft“ (Drucksache 14/2690)**

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der F.D.P. und PDS die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS.

c) **Antrag der Fraktion der F.D.P. „Agrodiesel tanken – Gasölbetriebsbeihilfe abschaffen“ (Drucksache 14/2384)**

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS und eines Teils der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung eines Teils der Fraktion der CDU/CSU.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS.

d) **Antrag der Fraktion der PDS „Betriebliche Obergrenze von 3 000 DM Gasölbeihilfe zurücknehmen“ (Drucksache 14/2795)**

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einem Teil der Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. und eines Teils der Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS.

4. Ausschussempfehlung

Bei der Beratung der Anträge im Finanzausschuss bestand Einigkeit darüber, dass die Wettbewerbsposition der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland im Vergleich zu ihren europäischen Mitbewerbern bis zur erreich-

ten Harmonisierung der Energiebesteuerung auf europäischer Ebene gestärkt werden müsse. Die Fraktion der CDU/CSU unterstrich ihre Forderung, zu diesem Zweck insbesondere eine sofortige und deutliche Senkung der Mineralölbesteuerung für die Land- und Forstwirtschaft vorzunehmen. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwiesen demgegenüber auf die fehlenden Mittel zur Finanzierung einer solchen Maßnahme.

Darüber hinaus erhob die Fraktion der CDU/CSU Bedenken zu nach ihrer Auffassung unnötigen doppelten Verwaltungsstrukturen, wenn die Abwicklung der Gasölbeihilfe künftig durch die Hauptzollämter und nicht mehr durch Verwaltungsstellen auf Kreisebene bzw. durch die Kammern erfolge. Sie schlug deshalb die Beibehaltung der Abwicklung bei den jetzigen Stellen im Rahmen der Auftragsverwaltung vor. Die Bundesregierung hielt demgegenüber die Abwicklung über die Hauptzollämter für sachgerecht, weil diese sowohl für die Einziehung als auch für die Erstattung spezieller Verbrauchsteuern zuständig seien.

Der Ausschuss empfiehlt:

- die Annahme des Antrags der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Wettbewerbsposition für die deutsche Landwirtschaft verbessern und nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft der ländlichen Räume sichern“ (Drucksache 14/2766) mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS,
- die Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU „Heizöl als Kraftstoff für die deutsche Land- und Forstwirtschaft“ (Drucksache 14/2690) mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS,
- die Ablehnung des Antrags der Fraktion der F.D.P. „Agrodiesel tanken – Gasölbetriebsbeihilfe abschaffen“ (Drucksache 14/2384) mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU,
- die Ablehnung des Antrags der Fraktion der PDS „Betriebliche Obergrenze von 3 000 DM Gasölhilfe zurücknehmen“ (Drucksache 14/2795) mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung eines Mitglieds der Fraktion der CDU/CSU.

Berlin, den 7. Juni 2000

Detlev von Larcher
Berichterstatter

Norbert Schindler
Berichterstatter

